

BENEDIKT WIDMAIER

## NEU NACHDENKEN ÜBER KREISAU. ESSAYISTISCHE FRAGMENTE

Als jemand, der in diesem Jahr mit Kreisau, d.h. mit der Bildungsstätte und der beeindruckenden Geschichte des Kreisauer Kreises, zum ersten Mal in Berührung gekommen ist, kann ich vorliegend nur einige unsortierte Gedanken vortragen. Sie sind genährt von einer inzwischen mehr als 40jährigen Erfahrung in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und in der internationalen Jugendarbeit.

Ein Schwerpunkt meiner bisherigen Arbeit in der politischen Bildung war immer „der Osten“. Zwischen 1979 und 1989 habe ich zehn Jahre lang eine Gruppe junger Menschen aus der DDR und der Bundesrepublik Deutschland organisiert, die sich in dieser Zeit etwa fünf Mal pro Jahr zu Wochenendseminaren in Berlin (Ost) und zu längeren Treffen in so genannten (sozialistischen) Drittländern traf. Die damit gegebene frühe und intensive Kommunikation und Reisetätigkeit über die deutsche Mauer und den europäischen Eisernen Vorhang hinweg ist für Vertreter meiner Generation sehr

selten. Das hat meine spätere Berufsbiografie mit geprägt<sup>1</sup> und spiegelt sich heute noch in den intensiven Kontakten meiner Einrichtung, der Akademie für politische und soziale Bildung „Haus am Maiberg“, nach Mittel-, Ost- und Südosteuropa wider.

## Europäische Zivilgesellschaft

Vor diesem Hintergrund wird es niemanden überraschen, dass ich das Projekt einer europäischen Zivilgesellschaft<sup>2</sup> für einen Begegnungsort wie Kreisau für sehr zentral und wichtig halte. Gerade mit Blick auf die Tradition(en) des Widerstands in Europa scheint Kreisau ein interessanter und – soweit ich das bisher beurteilen kann – in Deutschland wie in Polen unumstrittener Ort des Widerstands gegen den Nationalsozialismus zu sein.

Aufgrund dieser Tradition sehe ich Kreisau als besonders geeignet an, eine wichtige Rolle als integrativer Ort für Diskurse über die weitere Entwicklung der europäischen Zivilgesellschaft einzunehmen. Dabei kann es nicht nur um deutsch-polnische Begegnungen gehen, sondern es sollte um einen multinationalen, eben europäischen Austausch gehen.

Erfahrungsgemäß sind aber Erwachsene aus unterschiedlichen Gründen als Zielgruppe einer solchen zivilgesellschaftlichen Begegnungsarbeit und europapolitischen Bildung nur schwer zu erreichen. Deshalb bin ich der Ansicht, dass ein professionspolitischer Denkansatz besonders sinnvoll ist, ein solch europäisches, zivilgesell-

---

<sup>1</sup> Vgl. Benedikt Widmaier, „Politische Bildung und Internationale Jugendarbeit. Chancen für Demokratie und Zivilgesellschaft in Bulgarien“, in: Kyosseva, Violetta/ Widmaier, Benedikt (Hrsg.), *Verpass Deine Chance nicht. Politische Bildung und Internationale Jugendarbeit. Chancen und Orientierungen für die Jugend in Bulgarien. Ergebnisse des internationalen Projekts FAR 1998 – 2001, Burgas/Bulgarien 2001*, S. 6-27, online unter: <http://www.farburgas.eu/wp-content/uploads/2010/03/Abschlusspublikation-FAR-Gesamttext-2001-08-14.pdf>.

<sup>2</sup> Vgl. aktuell etwa Rupert Graf Strachwitz, „Von der Zivilgesellschaft in Europa zur europäischen Zivilgesellschaft“, in: *Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa*, Heft 7 (2017), S. 5, online unter: [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2017/08/enl\\_7-17-strachwitz-beitrag.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2017/08/enl_7-17-strachwitz-beitrag.pdf).

schaftliches Projekt zu konzipieren. Ich denke dabei etwa an Lehrer/innen-Verbände der Fächer Politik, Geschichte oder Wirtschaft oder an Pädagogen/innen, die diese Professionen in der non-formalen Bildung vertreten. Darüber hinaus ist an die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen und bürgerschaftlich engagierte Menschen zu denken, die sich insbesondere mit dem Thema Extremismusberatung und -prävention beschäftigen (vgl. dazu auch die Ausführungen zur Demokratieförderung). Mit etwas Phantasie sind meines Erachtens aber alle Berufsgruppen geeignet, unter dem besonderen Aspekt ihrer Profession über Kreisau und dessen aktuelle Bedeutung für eine europäische Zivilgesellschaft nachzudenken.

Die besondere Situation Polens und das angespannte deutsch-polnische, aber auch das angespannte polnisch-russische Verhältnis lassen ein solches Nachdenken über eine europäische Zivilgesellschaft besonders geboten erscheinen. Dabei stellt sich auch die Frage der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Nachbarländern; ein für Deutsche besonders heikles Thema. Die Überwindung nationalen Denkens, eine Herausforderung, die bereits implizit benannt ist, wenn wir von „europäischer Zivilgesellschaft“ sprechen, scheint heute (wieder) schwieriger geworden zu sein. Ohne das Thema „nationale Identität“ intensiv zu diskutieren, können wir aber nur schwer an das Thema „europäische Identität“ bzw. „europäische Zivilgesellschaft“ herankommen.

Um diesbezüglich nochmals anhand eines aktuellen Beispiels ganz konkret zu werden: Wenn sich deutsche und politische Rechts-extreme und Rocker zu einem Musikfestival in Grodziszczce in der Nähe von Kreisau treffen, dann fordert uns dies als Deutsche und Polen, die über die zukünftige Arbeit der Bildungsstätte Kreisau nachdenken, geradezu heraus. Widerspruch und Widerstand – gute Kreisauer Traditionen – werden hier durch eine gezielte öffentliche Provokation und die dunklen Seiten einer europäischen Zivilgesellschaft herausgefordert. Im guten wie im schlechten Sinne brauchen wir somit einen reflexiven Diskurs und müssen zivilgesellschaftliche Entwicklungen aufgreifen und exemplarisch diesem Diskurs zuführen.

Da „die ‚Kreisauer‘ [...] davon ausgegangen [waren], dass Deutschland nach dem Krieg eine gesicherte Zukunft nur als Teil einer supranationalen Völkergemeinschaft finden würde“<sup>3</sup>, stellt die europäische Zivilgesellschaft mindestens aus deutscher, aber ich meine auch aus polnischer Perspektive, eine Herausforderung ganz im Sinne Kreisaus und des Kreisauer Kreises dar.

### Exkurs: Europäisierung der Erinnerungsarbeit

Offen gestanden fällt es mir schwer, zumal ich im Detail wenig informiert bin über die Arbeit der Bildungsstätte Kreisau in den vergangenen Jahren, beim Thema Erinnerung und Europa zu intervenieren. Denn ich gehe davon aus, dass Kreisau dieses Thema ohnehin immer im Blick hatte und dies auch gegenwärtig der Fall ist. Dennoch erscheint mir die Europäisierung der Erinnerungsarbeit, wie ich einmal einen meiner Aufsätze<sup>4</sup> betitelt habe, von so zentraler Bedeutung für die Europäisierung der Zivilgesellschaft, dass ich dies an dieser Stelle nochmals eigens erwähnt haben möchte.

Aus meinen damaligen Überlegungen gebe ich hier der Einfachheit halber die beiden einleitenden Absätze wieder:

„Ein kritischer Blick auf die Debatten der vergangenen Jahre zeigt, dass mit der Formel ‚Europäisierung der Erinnerungskultur‘ eher ein *erinnerungspolitisches* Top-Down-Projekt beschrieben wird, das selten und meines Erachtens unzureichend an (europäische) zivilgesellschaftliche Entwicklungen anschließt. ‚Europäisches Erinnern‘ wird dabei im Rahmen einer europa- und geschichtspolitischen Strategie, die vor allem nach der Osterweiterung der EU als notwendig erachtet wurde, als wichtiger politischer Baustein für die Schaffung einer

<sup>3</sup> Daniel Eisermann, Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955 – 1972, München 1999, S. 35.

<sup>4</sup> Benedikt Widmaier, „Europäisierung der Erinnerungsarbeit“, in: Widmaier, Benedikt/ Steffens, Gerd (Hrsg.), Politische Bildung nach Auschwitz. Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur heute, Schwalbach/Ts. 2015, S. 163-175.

gesamteuropäischen Identität erachtet. Was heute im Allgemeinen unter ‚Europäischer Erinnerungskultur‘ verstanden wird, steht damit in der Gefahr, eher affirmative Ziele zu verfolgen. Es könnte nur dann zur weiteren Entwicklung eines kritischen europäischen Bewusstseins und einer mündigen europäischen Bürgerschaft beitragen, wenn es in einer kritischen europäischen Öffentlichkeit entsprechend breiter diskutiert und ‚bearbeitet‘ wird.

Eben deshalb spreche ich im Folgenden nicht von ‚Erinnerungskultur‘, sondern lieber von ‚Erinnerungsarbeit‘. Damit soll deutlich werden, dass historisches Erinnern zunächst ein individueller und zivilgesellschaftlicher Bottom-Up-Prozess ist. Erinnerungsarbeit kann die Grundlagen für eine mögliche zukünftige transnationale Erinnerungskultur schaffen, deren Notwendigkeit und Sinn für eine globalisierte Welt ich nicht in Zweifel ziehe. Ein solcher Bottom-Up-Prozess europäischer Erinnerungsarbeit lässt sich durch internationale Kommunikation und Bildung anregen und begleiten. Und die so verstandene erinnerungspädagogische Arbeit ist insofern auch eine Aufgabe und Herausforderung für die außerschulische und schulische politische Bildung in Deutschland.“<sup>5</sup>

Mein damaliger Beitrag liefert dazu viele Anregungen, die sich aus der Diskussion über ein europäisches „gespaltenes Gedächtnis“ (Aleida Assmann) und die globale Forderung einer „Holocaust Education“ für eine Europäisierung der Erinnerungsarbeit ergeben könnten. Ich kann es mir deshalb an dieser Stelle sparen, dies noch einmal zu wiederholen und auszubreiten.

### **Demokratieförderung**

Im Kontext unserer Diskussion ist im Frühjahr 2017 in Kreisau auch die Frage aufgeworfen worden, welche aktuellen Entwicklungen in Deutschland möglicherweise interessant sein könnten für die

---

<sup>5</sup> Widmaier, Europäisierung, a.a.O., S. 163.

Arbeit der Bildungsstätte. Aus meiner Sicht scheint mir das insbesondere im Hinblick auf die Debatte über „Demokratieförderung“ gegeben. Der Begriff „Demokratieförderung“ geistert seit einiger Zeit in der politischen Bildung umher und es muss zunächst davor gewarnt werden, auch wenn uns der Begriff sicher problemlos und allseits akzeptabel erscheint, ihn kritiklos zu übernehmen. Denn soweit dies nachvollziehbar ist, handelt es sich um eine politische Top-Down-Strategie.

Die bisher umfangreichste Definition von „Demokratieförderung“ stammt deshalb nicht zufällig aus einem regierungsamtlichen Dokument, nämlich der „Strategie der [Deutschen] Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“ von 2016:

„Die Bundesregierung versteht unter Demokratieförderung Angebote, Strukturen und Verfahren, die demokratisches Denken und Handeln stärken, eine demokratische politische Kultur auf Grundlage der wertebundenen Verfassung fördern und entsprechende Bildungsprozesse und Formen des Engagements anregen. Dazu gehören zum einen Maßnahmen, die demokratieförderliche Rahmenbedingungen und Strukturen aufrechterhalten und verbessern, beispielsweise in Form des Ausbaus von Beteiligungskulturen und -verfahren sowie die Stärkung von Personen in ihrer Urteilskraft und Teilhabe in demokratischen Prozessen und in ihrer Handlungskompetenz gegenüber demokratiefeindlichen Haltungen. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet ein diskursiver Demokratieschutz, der darauf beruht, dass gesellschaftliche und politische Akteure in einer Demokratie mit aufklärenden Argumenten ihre Werte darlegen und verteidigen. Eine besondere Rolle spielt hierbei die politische Bildung. Sie vermittelt das Grundgerüst der Demokratie und die Prinzipien der demokratischen Entscheidungsfindung. Außerdem befördert politische Bildung eine aktive Beschäftigung mit und die Steigerung der Akzeptanz von humanitären und demokratischen Grundwerten. Darüber hinaus gehört zur Demokratieförderung auch die Unterstützung all jener, die sich proaktiv demokratisch im Sinne einer aufgeklärten Bürgergesellschaft engagieren. Die beste Form der Demokratieförderung und der

Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich für unser demokratisches System, das Gemeinwesen und für einen toleranten Umgang miteinander einzusetzen.“<sup>6</sup>

Es würde zu weit führen, die in Deutschland eigentlich noch ausstehende Diskussion über Sinn und Zweck von Demokratieförderung hier beginnen zu wollen. Ich selbst habe mich in einem ersten Kommentar und in einer ersten Analyse öffentlich dazu geäußert.<sup>7</sup> Aber die öffentliche Debatte steht noch aus.

Warum könnte das auch für Polen und die internationale Debatte in Kreisau interessant sein? Nun, die Demokratieförderung hat sich aus dem seit über 20 Jahren in vielen Projekten entwickelten Kampf gegen Gewalt, Extremismus und Menschenfeindlichkeit entwickelt. Die deutsche Öffentlichkeit und insbesondere die politische Bildung haben sich immer dem Thema verpflichtet gefühlt, insbesondere aus Gründen deutscher historischer Schuld im Zusammenhang mit Rechtsextremismus und Nationalsozialismus. Insofern wird auch hier wieder eine Verbindung zum Kreisauer Kreis deutlich.

Demokratieförderung scheint auch ein aktuelles Thema für Polen zu sein. Was manche als Einmischung in innerpolnische Angelegenheiten empfinden könnten, sehe ich eher als Aufgabe für eine wache europäische Zivilgesellschaft. Denn es ist wahrlich keine nationale Angelegenheit, wenn heute in Europa antidemokratische Entwicklungen salonfähig werden, ob in Russland, in der Türkei, in Ungarn

---

<sup>6</sup> Die Bundesregierung (Hrsg.), Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, Berlin 2016, S. 11, online unter:

[www.bmfsfj.de/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratieforderung-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratieforderung-data.pdf).

<sup>7</sup> Vgl. Benedikt Widmaier, „Sollte die fdGO-Formel der Kern eines Demokratiegesetzes sein?“, in: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.), Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 10/2017 vom 18.05.2017, S. 7, online unter: <http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2017/05/newsletter-10-widmaier.pdf>, sowie: Benedikt Widmaier, „Strukturwandel der non-formalen Politischen Bildung in Deutschland“, in: Besand, Anja/ Gerhard, Uwe/ Gessner, Susann (Hrsg.), Politische Bildung mit wachem Blick. Festschrift für Wolfgang Sander zum 65. Geburtstag, Schwalbach/Ts. 2018.

oder in Polen ist völlig einerlei, vor allem dann, wenn man eben diesen Gedanken einer europäischen Zivilgesellschaft ernst nimmt und weiter denkt.

### Exkurs: Theodor Steltzer

Wie ich bereits auf der Tagung im April angemerkt habe, wird Geschichte für uns besser greifbar, wenn wir einen persönlichen Bezug zu ihr finden. In meinem oben erwähnten Beitrag zur „Erinnerungsarbeit in Europa“<sup>8</sup> beschreibe ich etwa die Jahre meines Vaters als Soldat der Wehrmacht in Bulgarien als einen solchen individuellen Anknüpfungspunkt. Dieser Teil der Familiengeschichte wurde mir erst bewusst, als ich selbst in den 1990er Jahren in Bulgarien den Aufbau von Institutionen der politischen Jugendbildung angeregt und begleitete.<sup>9</sup>

Interessanterweise habe ich noch während meines Aufenthalts in Kreisau eine besondere Nähe zu Theodor Steltzer entwickelt. Ich hatte aus früheren zeitgeschichtlichen Forschungen<sup>10</sup> in Erinnerung, dass Steltzer Anfang er 1950er Jahr kurze Zeit das Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten leitete. Dieses Institut war eine zentrale Einrichtung der amerikanischen Reeducation-Politik und damit eine der Wurzeln der Demokratisierung (West-) Deutschlands nach 1945.<sup>11</sup> Insofern ist das Institut interessant im Hinblick auf die Ursprünge und die frühe Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland.

Tatsächlich bin ich nun darauf gestoßen, dass Steltzer in diesem Kontext auch beratend bei der Diskussion über den Aufbau einer Bundeszentrale für Heimatdienst tätig war, der Vorläuferinstituti-

<sup>8</sup> Vgl. Widmaier, *Europäisierung*, a.a.O.

<sup>9</sup> Vgl. auch Widmaier, *Jugendarbeit*, a.a.O.

<sup>10</sup> Vgl. Benedikt Widmaier, *Die Bundeszentrale für politische Bildung. Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt 1987.

<sup>11</sup> Hermann-Josef Rupieper, *Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945 – 1952*, Opladen 1993, S. 202ff.

on der heutigen Bundeszentrale für politische Bildung.<sup>12</sup> Nach der damaligen Vorstellung der Bundesregierung sollte eine solche Zentrale eher zur Vermittlung der Regierungspolitik genutzt werden und folglich in geeigneter Weise als Sprachrohr für eine regierungsamtliche Propaganda dienen.<sup>13</sup> Steltzer war, wie andere Mitarbeiter des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten auch, an der politischen Bildung interessiert und trat für eine Institutionalisierung der politischen Bildung im Nachkriegsdeutschland ein. Das Institut war eine derjenigen Einrichtungen, aus denen eine Zentrale für Heimatdienst bzw. für politische Bildung hätte entstehen können. Einer der Hauptgründe, warum die Regierung Adenauer dies ablehnte, war die Tatsache, dass das Institut sich an einem amerikanischen Modell orientierte und bis in die 1950er Jahre hinein zu hundert Prozent von den Amerikanern finanziert wurde.<sup>14</sup>

Steltzer wurde im November 1950 zum hauptamtlichen Direktor des Instituts gewählt. Seine Pläne für das Institut wichen durchaus von denen seines Vorgängers, des Mannheimer Oberbürgermeisters Hermann Heimerich, ab. „Gegenüber der bisherigen, eher juristischen Ausrichtung wollte Steltzer das Institut dazu umfunktionieren, den Rahmen für die von ihm seit langem geplanten Studien zu politischen Grundsatzfragen abzugeben. In diesen Wunsch mischte sich Enttäuschung über die Entwicklung des Wiederaufbaus und die Nichtberücksichtigung der Kreisauer Neuordnungspläne.“<sup>15</sup>

Steltzer selbst berichtet in seiner Autobiografie, dass er die spätere Entwicklung des Instituts hin zu einer auf internationale Politik und außenpolitische Fragen ausgerichteten, wissenschaftlichen Einrich-

---

<sup>12</sup> Vgl. Gudrun Hentges, *Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“*, Wiesbaden 2013, insbes. S. 136ff.

<sup>13</sup> Vgl. dazu auch schon die frühe Arbeit von Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, München 1969 (hier zitiert nach einer ungekürzten dtv-Taschenbuchausgabe von 1971 mit dem Titel „Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie“), S. 61ff.

<sup>14</sup> Daniel Eisermann, *Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955-1972*, München 1999, S. 33ff.

<sup>15</sup> Eisermann, *Außenpolitik*, a.a.O., S. 37.

tung<sup>16</sup> eher skeptisch sah: „Aber ich hatte die Sorge, dass wir auf diesem Weg zu tief in den Bereich der Außenpolitik geraten und uns dort festfahren würden. Es kam aber gerade darauf an, *das Ganze* (kursiv bei T.S.) der deutschen Situation im Blick zu behalten, ihre inneren wie ihre äußeren Probleme.“<sup>17</sup>

Die Person Steltzer erscheint mir persönlich auch aus anderen Gründen interessant. Steltzers Biograph Klaus Alberts behauptet, Steltzer „habe in der Wendezeit im Winter 1932/33 erheblich gewackelt“: „Wie so viele aus dem konservativen Bürgertum war er ein Feind der Weimarer Republik [und] der Parteien; dieses Gewürge in der Weimarer Republik hat ihn abgestoßen. Er hatte Sehnsucht nach einem starken, autoritären Führer und hat nach der Machtübernahme Hitlers in einer nationalsozialistischen Regierung – ohne dass er selbst Nationalsozialist war – die Rettung gesehen.“<sup>18</sup> Erst seine Zeit in Norwegen hätte ihn zu einem Gegner des Naziregimes werden lassen.

In der Steltzer-Biografie von Alberts wird dies ausführlich durch lange Passagen aus Texten Steltzers belegt<sup>19</sup>, und Alberts kommt zu folgendem Resümee:

„Theodor Steltzer [zeigt sich] ausdrücklich als Freund der nationalsozialistischen ‚Revolution‘, die endlich das verabscheute System von Weimar hinweggefegt hat. Geradezu anbiedernd betont er, dass er für eine weitere Zusammenarbeit mit den neuen Herrschern zur Verfügung stehe und nimmt damit zum [...] demokratisch-parlamentarischen Staat eine treulos wirkende Distanzierung vor.“<sup>20</sup>

Dies finde ich in mehrfacher Hinsicht auch für uns heute interessant, weil es die Frage aufwirft, wie Menschen ihren Horizont erweitern und ihre Einstellungen verändern können. Dabei spielen bei Steltzer offenbar der Auslandsaufenthalt und die dortigen Begeg-

<sup>16</sup> Dazu insgesamt auch Eisermann, Außenpolitik, a.a.O.

<sup>17</sup> Theodor Steltzer, *Sechzig Jahre Zeitgenosse*, München 1966, S. 215.

<sup>18</sup> Klaus Alberts im Interview mit *Schleswig-Holsteinische-Zeitung* am 18.11.2009.

<sup>19</sup> Vgl. Klaus Alberts, *Theodor Steltzer. Szenarien seines Lebens. Eine Biografie*, Heide 2009, S. 61-72.

<sup>20</sup> Alberts, ebd., S. 69.

nungen und Gespräche mit Andersdenkenden eine wichtige Rolle – somit ein Perspektivwechsel. Diese Auslandserfahrung hat Steltzers berufliche Entwicklung und sein politisches Denken nach dem Krieg offenbar stark geprägt.

Die Geschichte des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten und die Rolle die Theodor Steltzer dort als „Kreisauer“ spielte, ist bisher nur sehr verstreut und aus anderen wissenschaftlichen Interessen aufgearbeitet worden. Es scheint mir sinnvoll, dieses Thema im Blick auf die Geschichte der politischen Bildung im Nachkriegsdeutschland noch einmal vertiefend aufzugreifen.

### **Widerstand als Thema der politischen Pädagogik**

Das Thema „Widerstand“ hat in der Praxis der politischen Bildung bisher vor allem in der historisch-politischen Bildung eine Rolle gespielt. „Auch der Theoriediskurs über die politische Bildung [...] interessiert sich bisher kaum für das Thema ‚Widerstand‘, allenfalls in historischer Perspektive.“<sup>21</sup>

Vor diesem Hintergrund haben einige Politikdidaktiker in Deutschland im vergangenen Jahr einen Sammelband mit dem Titel „Kompetenz zum Widerstand. Eine Aufgabe der politischen Bildung“ herausgegeben.<sup>22</sup> Sie bemerken dort einleitend, dass Widerstand bisher eher im linksliberalen politischen Lager ein Thema war, seit einigen Jahren aber sehr stark von rechten Populisten besetzt wird. Allein das könnte schon ein Grund sein, dass sich politische Pädagogen/innen aktuell wieder intensiver mit dem Thema beschäftigen sollten.

Sehr schön arbeiten die Herausgeber dieses anregenden Buchs auch die Dichotomie zwischen „Anpassung und Widerstand“ heraus und wollen damit natürlich deutlich machen, dass Anpassung

---

<sup>21</sup> Reheis, Fritz/ Denzler, Stefan/ Görtler, Michael/ Waas, Johann (Hrsg.), Kompetenz zum Widerstand. Eine Aufgabe für die politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2016, S. 8.

<sup>22</sup> Ebd.

auf keinen Fall das Ziel einer politischen Bildung sein kann, die eine aktive mündige Bürgerschaft zum Ziel hat.

Damit wird der gesamte Kontext einer europäischen Theorie und Praxis von politischer Bildung angesprochen, der für Kreisau meines Erachtens von zentraler Bedeutung sein sollte. Kreisau ist ein symbolischer Ort einer auf das Thema „Widerstand“ bezogenen politischen Bildung. Wer, wenn nicht die Bildungsstätte in Kreisau, ist berufen, immer wieder zu diesem Thema zu arbeiten. Und Kreisau ist ein europäischer Ort einer internationalen „Civic and Citizenship Education“ – was immer das heißt. Wer, wenn nicht die Bildungsstätte in Kreisau, sollte sich mit dem europäischen Bildungsziel „Active Citizenship“ beschäftigen.<sup>23</sup>

## Literatur

Alberts, Klaus (2009): Theodor Steltzer. Szenarien seines Lebens. Eine Biografie, Heide.

Baring, Arnulf (1969): Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München (hier zitiert nach einer ungekürzten dtv-Taschenbuchausgabe von 1971 mit dem Titel „Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie“).

<sup>23</sup> Vgl. dazu David Brixius, Active Citizenship. Expertise im Rahmen des Verbundprojekts im Forscher Praktiker Dialog für Internationale Jugendarbeit, Heppenheim 2010, online unter: [http://www2.transfer-ev.de/uploads/expertise\\_active\\_citizenship\\_2010.pdf](http://www2.transfer-ev.de/uploads/expertise_active_citizenship_2010.pdf), sowie: Benedikt Widmaier, „Active Citizenship 3.0/ 2020. Youth participation and social capital after postdemocracy“, in: Council of Europe/Youth Partnership (Ed.), 2020 – What do you see?, (Perspectives on Youth, Volume 1), Strasbourg 2014, S. 119–134, online in englischer Sprache unter: <http://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/7110731/Widmaier.pdf/e996c0b8-e7b1-4599-bd11-b5cbff0581ac>, online in deutscher Sprache unter: [http://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/8444955/130\\_PoY1-DE-web.pdf/fd917ac6-423a-406b-ad8e-e71055626844](http://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/8444955/130_PoY1-DE-web.pdf/fd917ac6-423a-406b-ad8e-e71055626844), in französischer Sprache: [http://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/8443825/133\\_POY1-FR-web.pdf/0bf735b3-91b0-42ef-8b64-e18be90c65df](http://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/8443825/133_POY1-FR-web.pdf/0bf735b3-91b0-42ef-8b64-e18be90c65df).

Brixius, David (2010): Active Citizenship. Expertise im Rahmen des Verbundprojekts im Forscher Praktiker Dialog für Internationale Jugendarbeit, Heppenheim, [http://www2.transfer-ev.de/uploads/expertise\\_active\\_citizenship\\_2010.pdf](http://www2.transfer-ev.de/uploads/expertise_active_citizenship_2010.pdf).

Die Bundesregierung (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, [www.bmfsfj.de/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf).

Eisermann, Daniel (1999): Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955-1972, München.

Hentges, Gudrun (2013): Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“, Wiesbaden.

Reheis, Fritz/ Denzler, Stefan/ Görtler, Michael/ Waas, Johann (Hrsg.) (2016): Kompetenz zum Widerstand. Eine Aufgabe für die politische Bildung, Schwalbach/Ts.

Rupieper, Hermann-Josef (1993): Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945-1952, Opladen.

Steltzer, Theodor (1966): Sechzig Jahre Zeitgenosse, München.

Strachwitz, Rupert Graf (2017): „Von der Zivilgesellschaft in Europa zur europäischen Zivilgesellschaft“, in: Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa, Heft 7/2017, S. 5, [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2017/08/enl\\_7-17-strachwitz-beitrag.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2017/08/enl_7-17-strachwitz-beitrag.pdf).

Widmaier, Benedikt (1987): Die Bundeszentrale für politische Bildung. Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt.

Widmaier, Benedikt (2001): „Politische Bildung und Internationale Jugendarbeit. Chancen für Demokratie und Zivilgesellschaft in Bulgarien“, in: Kyosseva, Violetta/ Widmaier, Benedikt (Hrsg.), *Verpass Deine Chance nicht. Politische Bildung und Internationale Jugendarbeit. Chancen und Orientierungen für die Jugend in Bulgarien. Ergebnisse des internationalen Projekts FAR 1998 – 2001, Burgas/Bulgarien*, S. 6–27, <http://www.farburgas.eu/wp-content/uploads/2010/03/Abschlusspublikation-FAR-Gesamttext-2001-08-14.pdf>.

Widmaier, Benedikt (2014): "Active Citizenship 3.0/ 2020. Youth participation and social capital after postdemocracy", in: Council of Europe/Youth Partnership (Ed.), 2020 – What do you see?, (Perspectives on Youth, Volume 1), Strasbourg 2014, S. 119–134, in englischer Sprache: <http://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/7110731/Widmaier.pdf/e996c0b8-e7b1-4599-bd11-b5cbff0581ac>, in deutscher Sprache: [http://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/8444955/130\\_PoY1-DE-web.pdf/fd917ac6-423a-406b-ad8e-e71055626844](http://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/8444955/130_PoY1-DE-web.pdf/fd917ac6-423a-406b-ad8e-e71055626844), in französischer Sprache: [http://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/8443825/133\\_POY1-FR-web.pdf/0bf735b3-91b0-42ef-8b64-e18be90c65df](http://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/8443825/133_POY1-FR-web.pdf/0bf735b3-91b0-42ef-8b64-e18be90c65df).

Widmaier, Benedikt (2015): „Europäisierung der Erinnerungsarbeit“, in: Widmaier, Benedikt/ Steffens, Gerd (Hrsg.), Politische Bildung nach Auschwitz. Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur heute, Schwalbach/Ts., S. 163-175.

Widmaier, Benedikt (2017a): „Sollte die fdGO-Formel der Kern eines Demokratiegengesetzes sein?“, in: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.), Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 10/2017 vom 18.05.2017, S. 7, <http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2017/05/newsletter-10-widmaier.pdf>.

Widmaier, Benedikt (2018): „Strukturwandel der non-formalen Politischen Bildung in Deutschland“, in: Besand, Anja/ Gerhard, Uwe/ Gessner, Susann (Hrsg.), Politische Bildung mit wachem Blick. Festschrift für Wolfgang Sander zum 65. Geburtstag, Schwalbach/Ts. (i.E.).